

## **Die chinesische Bevölkerungspolitik: Eine Verletzung der Menschenrechte der "Hälfte des Himmels"<sup>1</sup>**

**Von Astrid Lipinsky**

Wenn der Bundeskanzler oder ein Minister, so wie Mitte November, nach China reisen, nehmen sie eine Liste von Personen mit, deren Menschenrechte z. B. in der Haft verletzt werden und deren Freilassung die deutsche Regierung fordert. Diesmal standen auf der Kanzlerliste 15 Namen. Ich will hier nicht relativieren oder beschönigen, richtig ist aber jedenfalls, daß Menschenrechtsverletzungen durch politische Verfolgung, Folter im Gefängnis, religiöse Verfolgung nur - auch in China - eine Minderheit der Bevölkerung betreffen. Die Verfolgten lassen sich individualisieren und namentlich nennen.

Wenn aber gilt, was im Abschlußdokument der Pekinger Weltfrauenkonferenz, der sogenannten „Aktionsplattform“ noch einmal festgeschrieben wurde, nämlich daß Frauenrechte Menschenrechte sind, wenn Frauen Menschen sind wie Männer, wenn Frauen als Menschen einen Anspruch auf existentielle Grundrechte wie körperliche Unversehrtheit und physische Selbstbestimmung haben, dann ist die umfassendste Menschenrechtsverletzung in China nicht politische oder religiöse Verfolgung, sondern die Bevölkerungspolitik. Denn:

1. Sie betrifft alle Frauen in China. In China ist eine weibliche Existenz ohne Heirat undenkbar (99,8% der Frauen heiraten), und eine Ehe ohne Kind gilt als nicht normal. Es gibt staatliche Prämien für die Beschränkung auf ein Kind und staatliche Hilfe bei ungewollter Kinderlosigkeit, aber nicht bei wissentlicher Entscheidung eines Paares gegen Kinder.
2. Der Begriff der „Bevölkerungspolitik“ trifft die Realität nicht, denn Bevölkerungspolitik in China ist Frauenpolitik. Frauen müssen abtreiben und - durch Pessare - verhüten, es sind größtenteils Frauen, die sterilisiert werden. (Zahlen für Männer schwanken zwischen 12% und 18%). Frauen haben auf Kommando, nämlich dann, wenn sie eine Quote erhalten, schwanger zu werden. Vielfach machen die Männer die Frauen dafür verantwortlich, wenn das einzige erlaubte Kind kein Sohn ist.
3. Bevölkerungspolitik ist Frauenpolitik und die „I-Kind-Politik“ in Wahrheit „I-Sohn-Politik“, aber Frauenpolitik in China ist auch Bevölkerungspolitik und nicht viel mehr. Die

<sup>1</sup> Mao Zedong sagte, den von ihm „befreiten“ chinesischen Frauen gehöre „die Hälfte des Himmels“, den Männern der andere Teil.

Durchsetzung der I-Kind-Politik gehört zu den Hauptaufgaben des Allchinesischen Frauenverbandes. Der Allchinesische Frauenverband ist die einzige organisierte Frauenvertretung in China. Auf dem Lande beschränken sich die Zuständigkeiten der Frauenverbandsvertreterin im wesentlichen auf die Geburtenkontrolle. Außer für die Reproduktionskraft der Frauen betrachtet sich der Frauenverband noch für ihr berufliches Engagement, ihre Produktionskraft, als zuständig. Selbst ihre offizielle Interessenvertretung reduziert die Frauen also auf gewisse produktive Funktionen, entpersonalisiert sie und degradiert Frauen zum Objekt.

Es geht hier nicht um einzelne chinesische Männer, die die Gleichberechtigung noch nicht verstanden haben. Es geht auch nicht um bedauerlicherweise bisher nur unzureichend ausgerottete Traditionen. Urheber der Frauenrechtsverletzungen durch die Bevölkerungspolitik in China ist der Staat, und Frauendiskriminierung wird per Gesetz legitimiert:

- Bestimmungen, die auf dem Lande ein 2. Kind erlauben, wenn das erste ein Mädchen ist, wollen das Aussetzen und den Infantizid an weiblichen Säuglingen verhindern und werten stattdessen das Mädchen ab. Eine Tochter zählt nicht richtig als „1 Kind“, weshalb eben ein zweites erlaubt ist.
- Auf Werbeplakaten für die Geburtenplanung sind Eltern mit einer Tochter zu sehen. Zweck ist natürlich, die Geburt einer Tochter positiv zu sehen. Stattdessen werden Tochter und I-Kind-Familie gleichgesetzt und Töchter mit denselben negativen Assoziationen verbunden wie die I-Kind-Ehe.
- Ehepaare dürfen mehr als ein Kind haben, wenn die Brüder des Ehemannes kinderlos sind. Implizit steht hinter dieser Bestimmung die Überzeugung des Gesetzgebers, daß nur ein männlicher Erbe die Ahnenreihe fortsetzen kann. Es gibt keine gleichwertige Erlaubnis, wenn die Brüder der Frau oder die Schwestern des Mannes kinderlos sind. Männer zählen eben mehr!
- Die Gesetze tabuisieren männliche Zeugungsunfähigkeit und lasten Kinderlosigkeit einseitig der Frau an.

Auf der Weltfrauenkonferenz in China hat die chinesische Regierung unterschrieben:

Art. 96: „Reproduktive Gesundheit bedeutet die Fähigkeit zur Fortpflanzung und die Freiheit zu entscheiden, ob, wann und wie oft. Dies schließt das Recht von Frauen und Männern auf Zugang zu Familienplanungsmethoden ihrer Wahl ein.“

Die chinesische Realität ist das ganze Gegenteil:

- der Zeitpunkt der Schwangerschaft wird durch die Zuteilung einer Quote bestimmt. Wird die Frau in Erwartung einer Quote schwanger und erhält

dann keine, muß sie abtreiben. Jede Abtreibung, wie entsprechende Entschädigungs- vorschritten deutlich machen, ist in China ein erhebliches Gesundheitsrisiko.

- Jedem Paar steht in China grundsätzlich ein Kind zu. 2 Kinder sind auf dem Lande erlaubt, wenn das erste ein Mädchen ist. Mehr Kinder sind mit Strafen belegt.

- Für die Familienplanung besteht in China keine Wahlfreiheit. Die Pille ist laut chinesischer Regierung zu teuer, außerdem läßt sie sich weniger leicht kontrollieren als das oft auch ohne Zustimmung der Frau nach einer Geburt eingesetzte Pessar. Auch die Benutzung von Kondomen könnte der Staat nur schlecht kontrollieren, weshalb sie kaum verwendet werden, obwohl die chines. Regierung in der Plattform von Peking eine Empfehlung von Verhütungsmitteln, die die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten und Aids verhindern, unterschrieben hat.

Art. 115: „Gewalt gegen Frauen schließt ein: Zwangssterilisationen, Zwangsabtreibungen, die erzwungene Anwendung von Verhütungsmitteln, vorgeburtliche Geschlechtsauswahl und erzwungene Schwangerschaften.“

Der Artikel scheint wie für China gemacht. Die chinesische Regierung übt in allen beschriebenen Formen Gewalt gegen den weiblichen Teil ihrer Bevölkerung aus, legitimiert durch ausführliche und in eben dieser Ausführlichkeit beeindruckende gesetzliche Bestimmungen. Gewalt wird den Frauen als objektive - ja, demokratische, jedenfalls rechtsstaatliche - Notwendigkeit verkauft.

Da ist es kein Wunder, daß in China auf 118 Jungen nur 100 Mädchen kommen.

- Per Ultraschall als weiblich bestimmte Föten werden abgetrieben.

- Eltern eines Mädchens töten es oder lassen es sterben.

- Mädchen stellen gut 99% der Kinder in Waisenheimen.

- Mindestens 1 Million Mädchen wurden nie registriert, sind also offiziell nicht existente Bevölkerung.

Obwohl man sich in Deutschland zur Kritik an chin. „Menschenrechtsverletzungen“ verpflichtet fühlt, bleibt die Kritik an der Bevölkerungspolitik bei Regierung und SPD-Opposition aus. Bei Bundestags-Abgeordneten kann man Menschenrechtskritik und Befürwortung der Bevölkerungspolitik in einem Satz finden. Ausgegangen wird von einer globalen Perspektive: Zuviele Menschen, Angst vor einer „gelben Flut“? Mißachtet wird die individuelle Selbstbestimmung jeder Frau und die Möglichkeit, die Kinderzahl statt durch Zwang und Gewalt durch Überzeugungsarbeit und Erziehung zu verringern.

Die Pekinger Aktionsplattform gilt weltweit. Darin heißt es:

Art. 96b: „Reproduktive Rechte umfassen bestimmte, bereits in den internationalen Menschenrechtsdokumenten anerkannte Menschenrechte.“

Vielleicht sollten wir uns bemühen, daß dieser Satz beim nächsten Chinabesuch auf unseres Bundeskanzlers Menschenrechtsspickzettel steht.



Familie in Südchina. Foto: Christa Stolle